

Haushaltsrede 14.2.2022

Thomas Giegerich

Bündnis 90 / Die Grünen

Im vergangenen Jahr hat die grüne Stadtratsfraktion dem Haushalt zugestimmt. Nicht weil wir inhaltlich von den Ansätzen überzeugt waren, sondern als Vertrauensvorschuss für den damals neu gewählten Oberbürgermeister, der neuen Zusammensetzung des Stadtrates als auch der coronabedingten

Anlaufschwierigkeiten wegen.

Verknüpft war das mit einer klaren

Ansage: »Es wird sich in den kommenden

Jahren zeigen, ob sich auch in den

Finanzen das wiederfindet, was derzeit

zwingend notwendig ist: Den Klimawandel

vor Ort zu bekämpfen und für eine

nachhaltige Haushaltspolitik zu sorgen. "

Das ist leider nicht der Fall und von daher

wird die Fraktion der Grünen den

Haushalt 2022 ablehnen.

Dabei geht es uns weniger darum, dass wir bestimmte Einzelmaßnahmen wie die 1,7 Millionen Euro für das Wasserloch in der Pestalozzischule ablehnen oder den Wegfall einer Million Euro für einen unsinnigen P&R-Platz am Volksfestplatz begrüßen.

Es geht vielmehr darum, dass es ein rückwärts gewandter Haushaltsplan ist, keiner der in die Zukunft weist. Natürlich müssen wir – bedauerlicherweise – Altlasten abarbeiten, die in den

vergangenen Jahren bzw Jahrzehnten
liegendeblieben sind. Als Beispiel seien
hier nur die zahlreichen Schulbauten und
Kanalsanierungen genannt.

Aber wir müssen eben, und das
vermissen wir, an die Zukunft denken.

Sowohl was Klima und Nachhaltigkeit
angeht, als auch DIE Aufgaben zu
berücksichtigen, von denen wir wissen,
dass sie uns bevorstehen und für welche
die Stadt finanziell gar nicht gewappnet
ist.

– ab 2026 sind wir als Stadt verantwortlich

dafür dass der Rechtsanspruch auf
einen Ganztagsplatz an den
Grundschulen umgesetzt wird

Im Haushalt, auch in der mittelfristigen
Finanzplanung ist davon nichts zu sehen

– wir wissen alle, das uns in den
kommenden Jahren eine

Generalsanierung der Stadthalle – auch
ökologisch – ansteht.

– nach der Außensanierung des
Rathauses konsequenterweise auch die

Innensanierung.

Steht dazu etwas im Haushalt? Nein.

– es gibt noch weitere Themen, ob

Feuerwache, Übernahme von

Kindergärten, oder Museumsdepot und

Neubau eines sogenannten technischen

Rathauses. Steht alles nicht im Haushalt.

Die beiden letzteren Projekte sollen nun

durch die Stadtwerke bzw AVG gebaut

werden. Ohne dass aber geklärt ist,

welche Folgen das für Stadtwerke und

AVG hat. Bleibt für die noch genügend

Spielraum um dort in den Eigenbetrieb, in nachhaltige Energien klimafreundlich zu investieren? Letzteres ist die entscheidende Frage, ob es überhaupt einen Sinn macht, so zu verfahren.

Wir befürchten dass wir als Stadt in Gefahr laufen finanziell handlungsunfähig zu werden.

Schon jetzt beim vorliegenden Haushaltsentwurf, haben wir mit 13,38 Millionen Euro den seit Jahren geringsten Betrag für Investitionen. Also Mittel, die aus dem laufenden Geschäft »übrig« sind

und in den Vermögenshaushalt für Investitionen fließen können. Vor einem Jahr waren es noch 23 Millionen Und das wird nicht besser. Im Gegenteil: Wir werden künftig noch weniger zuführen können. Allein durch die im Haushalt enthaltenen neuen Stellen werden unsere jährlichen Ausgaben um 2,6 Millionen Euro steigen. Wenn dann noch Mieten für Museumsdepot und technisches Rathaus hinzukommen, wird der Betrag noch höher.

Gleichzeitig schmelzen unsere

Rücklagen. Dieses Jahr entnehmen wir 15 Millionen Euro, 2024 – so unser Kämmerer – werden wir nur noch die gesetzlich vorgegebene Mindestrücklage haben. D.h. wir gehen in die Verschuldung. Angesichts der vor uns liegenden Ausgaben in eine massive Verschuldung.

Jetzt kann man sagen – na und? So niedrig wie die Zinsen derzeitig sind, ist das doch kein Problem. Doch auch Kredite müssen zurückgezahlt werden.

Und das sind laufende Kosten. Und schon wird der Zuführungsbeitrag noch geringer, der Handlungsspielraum für die Stadt noch kleiner. Ein Teufelskreis.

Und noch immer wurde nichts für das Klima, für eine nachhaltige Stadt Aschaffenburg getan.

Wir hatten bereits in den Vorbesprechungen darauf hingewiesen, dass bei allen denkbaren Einsparungen wir auch langfristig denken müssen. Wir haben uns Ziele gesetzt, die kurzfristig

Geld kosten. Die aber mittel- und langfristig massive Einsparungen bedeuten. Beispielsweise durch energisches Vorantreiben von PV-Anlagen auf städtischen Dächern.

Nicht nur damit die Stadt die selbstgesetzten Klimaziele erreichen kann, sondern auch damit unsere Ausgaben für Energie sinken.

Und wir waren nun wirklich bescheiden: 1 Million Euro haben wir erfolglos für städtische Solardächer gefordert – obwohl viel mehr nötig wäre. Für den Radverkehr

die Aufstockung auf 2,5 Millionen Euro, also 1,5 Millionen mehr. Übrigens keine von uns erfundene willkürliche Zahl, sondern die 2,5 Millionen Euro sind der Betrag, den wir laut Stadtplanungsamt jährlich ausgeben müssen, um unser Radwegekonzept wie ursprünglich geplant umzusetzen. Nicht um Autofahrer zu ärgern, sondern zugunsten eines besseren Klimas in der Innenstadt, zugunsten der Lebensqualität der Bewohner unserer Innenstadt und zugunsten einer langfristigen

Sicherstellung der Bedeutung unseres Einzelhandels für unsere Region.

Wir hatten es ja fast vermutet: Beide Anträge wurden abgelehnt. Ebenso wie der für Planungsmittel für einen Umweltring, der den Verkehr in und um die Innenstadt neu regeln soll. Aber das ist wohl nicht gewollt. Obwohl allen klar ist, dass bisherige Pläne der Stadtratsmehrheit verkehrspolitisch in die Irre führen: Das sieht man an der sogenannten Umweltstraße genauso wie an der winzigen Fußgängerzone in der

Frohsinnstraße. Beides halbherzing
gemacht, beides erfolglos. beides
funktioniert nicht.

Doch unsere Anträge wurden abgelehnt.

Seitens des Oberbürgermeisters wurde
unseren Anträgen entgegengehalten, wir
hätten sie früher stellen sollen. Aber hätte
das etwas genutzt? Die Solardächer und
Radwege sind Ziele und Konzepte sind
die der Stadt und des gesamten
Stadtrates! Unsere Anträge hätten
eigentlich gar nicht notwendig sein dürfen.
Hinzu kommt: Letztlich ging es um 2,5

Millionen Euro. Angesichts eines Gesamthaushaltes von 335,6 Millionen Euro weniger als ein Prozent. Wenn Sie gewollt hätten und wirklich hinter diesen Zielen stehen würden, Herr Oberbürgermeister, hätten sie zum einen von Anfang für entsprechende Mittel gesorgt. Und Zweifelsfall hätten Sie – so die Meinung in meiner Fraktion ... jetzt zwei Wochen Zeit gehabt um diese Mittel mit ihrer Verwaltung im Nachhinein einzuplanen.

Und ja: Dieses Jahr werden wir unsere Haushaltsanträge früher stellen. Dann werden wir endgültig sehen ob Sie am Erreichen unserer gesteckten Klimaziele wirklich interessiert sind oder ob wir auch im kommenden Jahr den Haushalt ablehnen müssen. Oder ob Sie und der Rest des Stadtrates den Ernst der Lage erkennen und künftigen Haushalten eine neue Richtung vorgeben. Einen nachhaltigen Haushalt, der es ermöglicht unsere Klimaziele zu erreichen und dennoch laufende Aufgaben zu erledigen.

Für ein besseres Klima und für noch mehr Lebensqualität in der Stadt. Denn wir haben eine Lebensqualität in Aschaffenburg. Und diese wollen wir auch langfristig erhalten.

Sie haben diese Chance für dieses Haushaltsjahr verpasst. Das müssen wir so interpretieren, dass Sie es nicht wollten. Nun, wir wollen auch nicht. Wir wollen den vorgelegten Haushalt nicht. Daher werden den vorgelegten Haushaltsentwurf ablehnen.